

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 3 - Lennep

am 17.02.2016

**um 17:30 Uhr bis 19:25 Uhr in Remscheid, Deutsches Röntgen-Museum, Schwelmer
Straße 41**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Markus Kötter

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin

Frau Ursula Czylwik

Bezirksvertreter/innen

Herr Klaus Grunwald

Herr Rolf Haumann

Frau Corinna Hindrichs

Frau Katharina Janotta

Frau Gabriele Kemper-Heibutzki

Herr Roland Kirchner

Herr Dr. Heinz-Dieter Rohrweck

Frau Herta Rohrweck

Herr Luigi Valitutto

Referatsleiter

Herr Robin Denstorff

Referat Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaftsförderung

von der Verwaltung

Herr Dirk Buchwald

Herr Frank Stiller

Herr Roland Wagner

Technische Betriebe Remscheid

Fachdienst 3.31 - Umwelt

Fachdienst 0.11 - Personal und Organisation

Schriftführer/in

Herr Hans-Ulrich Dattner

Tagesordnung

- | | | |
|--------------|---------|--|
| 1 | | Änderung / Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 09.12.2016 |
| 3 | | Fragestunde für Einwohner |
| 3.1 | 15/2168 | Fragen zum Designer-Outlet-Center in Lennep
- Prognose zu den Besucherzahlen
- Baumentfernungen an Albrecht-Thaer-Straße und Röntgenstraße
- Verkehrssicherungspflicht für den Bereich Spielberggasse
- Fläche für Gastronomie
- Präsentation des Ergebnisberichtes über die während der erneuten Offenlage eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit |
| 4 | | Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 4.1 | 15/1988 | Baumentfernungen auf dem Schulhof der GGS Freiherr-vom-Stein, Hardtstraße 18
- Anfrage von Frau BV Kemper Heibutzki in der Sitzung der Bezirksvertretung 3 - Lennep am 21.10.2015 |
| 4.2 | | Sachstand zur Vermarktung des Geländes am Bahnhof Remscheid-Lennep |
| 4.2.1 | 15/2132 | Sachstand zur Vermarktung des Geländes am Bahnhof Remscheid-Lennep
- Aktualisierung der Vorlage 15/0196 - |
| 4.2.2 | 15/2155 | Sachstand zur Vermarktung des Geländes am Bahnhof Remscheid-Lennep
Anfrage der W.i.R vom 03.02.2016 zur BV 3 am 17.02.2016 und zum Rat am 25.02.2016 |
| 5 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | | Zukunftswerkstatt Lennep |
| 6 | | Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | | Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid |
| 8.1.1 | 15/1666 | Ablehnung der Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |

- 8.1.2** 15/1870 Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid
Antrag von Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Remscheid vom
03.09.2015
- 9** Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Ge-
schäftsordnung
- 9.1** Schmutz und Staub in der Turnhalle der GGS Freiherr-vom-Stein
- Mitteilung Frau Kemper-Heibutzki
- 9.2** Erneute Schimmelbildung in den Räumlichkeiten der GGS Freiherr-vom-
Stein
- Mitteilung Frau Kemper-Heibutzki
- 9.3** Neuer Fluchtweg in der GGS Freiherr-vom-Stein
- Mitteilung Frau Kemper-Heibutzki
- 9.4** Hausaufgabenraum im Keller der Wohnanlage für Flüchtlinge im Talsper-
renweg
- Anfrage Frau Rohrweck
- 9.5** Mauer an der Zufahrt zum Kundenparkplatz von REWE - Ihr Kaufpark an
der Straße Am Stadion
- Anfrage Frau Rohrweck
- 9.6** Neue Haltverbotszonen in der Rospattstraße
- Anfrage Frau Rohrweck
- 9.7** Verflüssigung des Kfz.-Verkehrs auf der Borner Straße
- Anfrage Herr Haumann
- 9.8** Parkpalette Bergstraße
- Anfrage Herr Valitutto
- 9.9** Fertigstellung der Kanalbaumaßnahme Neunteich
- Anfrage Frau Czylik
- 9.10** Besichtigung der Panzertalsperre
- Anfrage Frau Czylik
- 9.11** Straßenausbaumaßnahmen Verkehrsknotenpunkte Trecknase und Ring-
/Rader Straße sowie Ringstraße;
hier: Konzepte zur Baustellenkoordination und Verkehrsführung
- Anfrage Herr Kötter
- 9.12** Sondersitzung der Bezirksvertretung zur Beratung über den I. Nach-
tragshaushaltsplan 2016
- Mitteilung Herr Kötter
- 9.13** Eingabe an die Bezirksvertretung;
hier: Unterschutzstellung des Hardtparkes in Lennep
- Mitteilung Herr Kötter

- | | | |
|-----------|---------|--|
| 10 | 15/2176 | Entfernung von einem Ahorn auf dem städtischen Grundstück Hardtpark |
| 11 | 15/2063 | Entfernung von 4 Bäumen am Waldfriedhof Lennep |
| 12 | 15/1952 | Entfernung einer Buche und eines Ahornbaumes auf dem städtischen Grundstück Hardtpark |
| 13 | 15/1909 | Spielflächenplanung 2015 |
| 14 | 15/2129 | Planungen für den Gebäudekomplex des ehemaligen Möbelhauses nördlich des ehemaligen Bahnhofsgebäudes in Lennep sowie weitere Überlegungen zur Entwicklung des Bahnhofumfeldes |
| 15 | 15/2036 | <p>Bebauungsplanes Nr. 312 1. Änderung – Gebiet: zwischen Schillerstraße, Knusthöhe, Thüringsberg und Schwelmer Straße - Satzungsbeschluss</p> <ol style="list-style-type: none">1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger
(gem. § 13, i.V.m. § 3 (2) BauGB) Baugesetzbuch2. Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
(gem. § 13 i.V.m. § 4 (2) BauGB) Baugesetzbuch3. Satzungsbeschluss
(gem. § 10 (1) BauGB) Baugesetzbuch i.V.m. (§ 7 Gemeindeordnung NRW) |

1. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegt per Nachtrag zugestellt zu Punkt 4.2 die Drucksache 15/2155 vom 09.02.2016 zur Beratung vor.

Ferner liegen der Bezirksvertretung per Tischvorlage eingebracht die Drucksache 15/2176 vom 16.02.2016 sowie zu Punkt 3 die Drucksache 15/2168 vom 12.02.2016 zur Beratung vor.

Herr Denstorff erklärt, dass die Verwaltung die Drucksache 15/1952 – Entfernung einer Buche und eines Ahornbaumes auf dem städtischen Grundstück Hardtpark zurückziehe.

Herr Kirchner stellt den Antrag, die Angelegenheit „Entfernung von einem Ahorn auf dem städtischen Grundstück Hardtpark“ (Drucksache 15/2176) so lange zu vertagen, bis auch die bekanntermaßen an die Bezirksvertretung adressierte Eingabe für eine Unterschutzstellung des Hardtparkes in Lennep zur Beratung stehe, um so – so die Überlegung – beide Themen gemeinsam behandeln zu können.

Herr Dr. Rohrweck richtet an dieser Stelle noch einmal die Bitte und Empfehlung an Verwaltung und Bezirksvertretung, die seit Langem geübte Praxis fortzuführen und auch weiterhin auf die Hereingabe und Behandlung von Beratungsvorlagen in Form von Tischvorlagen zu verzichten, es sei denn, zwingende, unabwiesbare Gründe ließen keine andere Wahl, es sei also quasi „Gefahr im Verzug“. Ein solcher Grund sei für ihn im vorliegenden Fall nicht erkennbar. Daher schlage er vor, die heute per Tischvorlage eingebracht Drucksache 15/2176 gar nicht erst in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Kötter lässt daraufhin zunächst über die Aufnahme des von der Verwaltung zur Beratung neu angemeldeten Punktes in die Tagesordnung abstimmen und stellt im Anschluss den Antrag von Herrn Kirchner auf Vertagung der Angelegenheit „Entfernung von einem Ahorn auf dem städtischen Grundstück Hardtpark“ zur Abstimmung.

Beschluss: (8 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)

Die Tagesordnung wird um den Punkt

- 15/2176
Entfernung von einem Ahorn auf dem städtischen Grundstück Hardtpark

erweitert.

Beschluss: (4 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Angelegenheit „Entfernung von einem Ahorn auf dem städtischen Grundstück Hardtpark“ (Drucksache 15/2176) wird bis zur Beratung über die an die Bezirksvertretung adressierte Eingabe für eine Unterschutzstellung des Hardtparkes in Lennep vertagt.

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses ist der Antrag von Herrn Kirchner abgelehnt.

Auf Vorschlag von Herrn Kötter wird der von der Verwaltung zur Beratung neu angemeldete Punkt „Entfernung von einem Ahorn auf dem städtischen Grundstück Hardtpark“ (Drucksache 15/2176) als Punkt 10 (neu) behandelt. Die Beratungsfolge der übrigen Punkte verschiebt sich entsprechend.

Im Übrigen nimmt die Bezirksvertretung die Tagesordnung zur Kenntnis.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 09.12.2016

Die Bezirksvertretung nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3. Fragestunde für Einwohner

3.1. Fragen zum Designer-Outlet-Center in Lennep

- **Prognose zu den Besucherzahlen**
- **Baumentfernungen an Albrecht-Thaer-Straße und Röntgenstraße**
- **Verkehrssicherungspflicht für den Bereich Spielbergasse**
- **Fläche für Gastronomie**
- **Präsentation des Ergebnisberichtes über die während der erneuten Offenlage eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit**

Vorlage: 15/2168

Der Fragesteller trägt seine der Bezirksvertretung bereits in Schriftform vorliegenden Fragen noch einmal vor wie folgt:

In der Sitzung der BV Lennep vom 09.12.2015 wurde eine Einwohnerfrage bezüglich der realistischen Einschätzung der Besucherzahlen des Outlet-Centers Remscheid u. a. damit beantwortet, dass die vom Verkehrsgutachten prognostizierten Besucherzahlen sich mit denen von bestehenden Outlet-Centern decken würden.

Mit welcher Begründung wurden bei diesem Vergleich die bestehenden Outlet-Center Ochtrup und Zweibrücken nicht berücksichtigt?

In der Baumliste (Anlage 5 zum Landschaftspflegerischen Fachbeitrag) mit Stand vom 09.10.2015 waren insgesamt 16 Bäume (Nr. 4001 bis 4016) an der Albrecht-Thaer-Straße und der Röntgenstraße planungsbedingt von Rodung betroffen.

Mit welcher Begründung sollten diese Bäume gefällt werden?

Im neuen Bebauungsplan ist die geplante Straße eingezeichnet, die parallel zur Spielbergasse verläuft. Diese Straße befindet sich auf dem Grundstück, welches an McArthurGlen verkauft wurde.

Wie wird hier die Verkehrssicherungspflicht zwischen McArthurGlen und der Stadt Remscheid geregelt?

In den neuesten Outlet-Plänen von Pickard Chilton beträgt die gesamte Fläche der Gastronomie 1789 m².

Wird dies von der Stadt Remscheid zugelassen?

Wenn ja, warum wurden am Anfang des Outlet-Projektes der Bevölkerung mitgeteilt, dass die maximale Fläche für Gastronomie 1000 m² betragen soll?

Wird in der zweiten und dritten Etage des Feuerwehrturmes auch Gastronomie einziehen?

Wie wird die Größe der Außenfläche für die Gastronomie geregelt?

Auf der Internetseite der Stadt Remscheid ist das Dokument 15/1803 Anlage3 abgelegt. Dieses Dokument beinhaltet die Stellungnahme der Verwaltung und die Einwände der Bürger zur ersten Offenlage. Die Zuordnung der Stellungnahmen zu den entsprechenden Einwänden ist eine Zumutung. Man kann in dem Dokument nicht nach den Nummern der zueinander passenden Stellungnahmen und Einwänden suchen und hat nie Stellungnahme und Einwand gleichzeitig im Blick. Bei den Einwänden zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (Dokument 15/1804 Anlage4) war dies tabellarisch wesentlich besser gelöst. Ist es möglich für die Einwände der zweiten Offenlage wieder auf die tabellarische Darstellung zurückzukehren?

Herr Bezirksbürgermeister Kötter antwortet sinngemäß wie folgt:

Besucherzahlen:

Die Besucherzahl von 2,5 Mio. Besuchern pro Jahr sei, wie in der Sitzung der BV vom 09.12.2015 dargestellt, auf zwei verschiedenen Wegen ermittelt worden und stelle damit eine valide Grundlage für die Planung der verkehrstechnischen Maßnahmen dar. Bei einer Gegenüberstellung decke sich diese Prognose mit den Besucherzahlen bestehender DOC, die überwiegend zwischen 1,5 und 3,0 Mio. Besucher pro Jahr variierten. Der Durchschnitt der Besucherzahlen liege bei 1,8 bis 1,95 Mio. Besucher pro Jahr, so dass die für Remscheid ermittelte Besucherzahl überdurchschnittlich sei. Da die räumliche Situation der genannten DOC in Ochtrup und Zweibrücken mit Remscheid nicht vergleichbar sei, ergebe sich hieraus kein Anhaltspunkt, an den ermittelten Besucherzahlen zu zweifeln.

Baumliste:

In der Baumliste vom 09.10.2015 aus dem landschaftspflegerischen Fachbeitrag seien versehentlich Bäume im Bereich der Albrecht-Thaer-Straße und der Röntgenstraße als "planungsbedingt von Rodung betroffen" gekennzeichnet gewesen. Die Baumliste sei auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2015 aktualisiert worden. Es würden die Festsetzungen des Bebauungsplans gelten, hier seien die zu erhaltenden Bäume festgesetzt. An dieser Festsetzung habe sich nichts geändert.

Spielberggasse:

Für die Spielberggasse sei im Entwurf des Bebauungsplans eine öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt. Diese Fläche müsse spätestens nach dem Endausbau an die Stadt Remscheid übertragen werden und werde als öffentliche Verkehrsfläche gewidmet.

Gastronomie:

Nach dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 657 seien gastronomische Einrichtungen bis zu einer Geschossfläche von insgesamt 1.500 m² zulässig. Dies sei der maßgebliche Wert für die Zulassung von Gastronomie im DOC.

Tabellarische Darstellung:

Die ursprüngliche tabellarische Aufstellung der Einwendungen sei wegen der entstehenden Leerfelder in der Tabelle sehr umfangreich geworden. Wegen der zahlreichen und umfangreichen Stellungnahmen habe man deshalb für die Auswertung der Offenlage die Darstellung in einem fortlaufenden Text gewählt.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kötter, dass ihm zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt sei, ob und inwieweit in der zweiten und dritten Etage des Feuerwehrturmes auch Gastronomie einziehen werden. Ebenso könne er die Frage, wie die Größe der Außenfläche für die Gastronomie geregelt werde, heute noch nicht beantworten.

Herr Denstorff macht ergänzend hierzu noch einmal deutlich, dass sich die erwähnte Höchstgrenze der zulässigen Fläche für gastronomische Einrichtungen auf die Fläche innerhalb der Gebäude beziehe. Flächen für die Außengastronomie seien hiervon nicht erfasst.

4. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

4.1. Baumentfernungen auf dem Schulhof der GGS Freiherr-vom-Stein, Hardtstraße 18 - Anfrage von Frau BV Kemper Heibutzki in der Sitzung der Bezirksvertretung 3 - Lennep am 21.10.2015 Vorlage: 15/1988

Herr Buchwald gibt die von der Verwaltung erbetene Auskunft und teilt mit, dass man in dem hier angesprochenen Bereich – so das Ergebnis der von der Verwaltung vorgenommen Überprüfung – aus fachlicher Sicht zwar nicht gleich viele Bäume wie entfernt wurden, so aber doch wenigstens einen Baum als Ersatz neu anpflanzen könnte. Insoweit schlägt Herr Buchwald der Bezirksvertretung vor, der Verwaltung hierfür einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Zugleich richtet die Bezirksvertretung einvernehmlich die Bitte an die Verwaltung, die für eine hier in Betracht kommende Neuanpflanzung relevanten Daten und Fakten zusammenzustellen und der Bezirksvertretung in schriftlicher Form zur Beratung vorzulegen, um ihr eine Meinungsfindung und Entscheidung über die von ihr erbetene Beauftragung einer solchen Maßnahme zu ermöglichen.

4.2. Sachstand zur Vermarktung des Geländes am Bahnhof Remscheid-Lennep

Herr Kirchner berichtet von Gesprächen, die er mit verschiedenen Lenneper Vereinen geführt habe und erklärt, dass sich seine Gesprächspartner übereinstimmend dahingehend geäußert hätten, dass man sich grundsätzlich vorstellen könne, die von der Verwaltung in vorliegender Drucksache mit den Kennziffern 8, 9 und 10 bezeichnete, nach ihren Darstellungen momentan noch nicht verkaufte Grundstücksfläche zukünftig als neuen Platz für die Ausrichtung der Traditions- und Brauchtumsveranstaltungen, die mit der Ansiedlung eines Designer-Outlet-Centers an ihrem bisherigen Standort nicht mehr durchgeführt werden können, zu nutzen. Vor diesem Hintergrund regt Herr Kirchner an, diese Überlegung zunächst in den Fraktionen zu erörtern. Anschließend könne man dann diese Thematik – so sein Ansatz – vielleicht schon in der Sitzung des Rates der Stadt in der kommenden Woche vertiefend beraten und gegebenenfalls einen entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung verabschieden.

Herr Grunwald spricht das im Raum stehende Thema der Fortführung des Rad- und Fußweges (Balkantrasse) vom Bahnhof Lennep bis zur Blume an und ruft an dieser Stelle in Erinnerung, dass diese Verlängerung der Balkantrasse bekanntlich durch die aktuelle Planung zur Ansiedlung der neuen Feuerwache der Freiwilligen Feuerwehr Lennep auf dem von der Verwaltung in vorliegender Drucksache mit der Kennziffer 1 bezeichneten Grundstück in Frage gestellt sei. Wenn nun wie von der Verwaltung dargestellt die Grundstücke Nr. 8 bis 10 noch nicht verkauft seien würde es sich aus seiner Sicht unter Umständen anbieten, das

Bauvorhaben zur Errichtung einer neuen Feuerwache auf diesem Gelände zu realisieren und das Grundstück Nr. 1 einer anderen Nutzung mit gleichzeitiger Reservierung der hier für eine mögliche Fortführung der Balkantrasse benötigten Fläche zuzuführen.

Frau Czulwik schlägt vor, auch dieses Denkmodell in die weiteren Überlegungen mit einzu-beziehen.

Herr Kötter ruft die Zusage der Verwaltung in Erinnerung, die laufenden Prüfungen und Verhandlungen zur Verlagerung der Traditions- und Brauchtumsveranstaltungen von Kirmes- und Jahnplatz auf alternative Standorte im 1. Quartal diesen Jahres abschließen und präsentieren zu wollen und schlägt vor diesem Hintergrund vor, die Bezirksvertretung möge schon jetzt die Initiative ergreifen und die Verwaltung bitten, die beschriebenen Denkansätze einer differenzierten Prüfung zu unterziehen.

Herr Denstorff nimmt zu den Ausführungen Stellung und legt dar, warum die Verwaltung an einer Vermarktung der hier angesprochenen Grundstücke Nr. 8 bis 10 grundsätzlich weiterhin festhält. Zur Frage einer möglichen Fortführung der Balkantrasse in Verbindung mit der laufenden Planung für die neue Feuerwache werde die Verwaltung zu gegebener Zeit noch ausführlich berichten.

Nach Aussprache bittet Herr Kötter in der hier angesprochenen Angelegenheit um ein Votum der Bezirksvertretung.

(siehe hierzu auch die Punkte 4.2.1. und 4.2.2.)

4.2.1. Sachstand zur Vermarktung des Geländes am Bahnhof Remscheid-Lennep - Aktualisierung der Vorlage 15/0196 - Vorlage: 15/2132

(Beratung hierzu siehe Punkt 4.2.)

Beschluss: (einvernehmlich)

Die Bezirksvertretung greift den Tenor der vorliegenden Anfrage auf und bittet die Verwaltung darum, die im Zuge der Aussprache formulierte Überlegung, die in vorliegender Drucksache 15/2155 mit den Kennziffern 8, 9 und 10 bezeichnete Grundstücksfläche gegebenenfalls für die zukünftige Ausrichtung der Lennep-Traditions- und Brauchtumsveranstaltungen vorzuhalten, in die laufenden Untersuchungen alternativer Standorte zur Verlagerung dieser mit Ansiedlung eines Designer-Outlet-Centers an ihren bisherigen Standorten nicht mehr durchführbaren Veranstaltungen mit aufzunehmen und auch hierzu im Detail mit Darstellung des Für und Wider unter Einbeziehung aller sachlichen und rechtlichen wie auch haushaltsrelevanten Aspekte ausführlich zu berichten.

Des Weiteren bittet die Bezirksvertretung die Verwaltung um Prüfung und Berichterstattung, ob und inwieweit die geplante neue Feuerwache der Freiwilligen Feuerwehr Lennep auf dem Gelände der in vorliegender Drucksache 15/2155 mit den Kennziffern 8, 9 und 10 bezeichneten Grundstücke errichtet und damit das ursprünglich hierfür vorgesehene, in vorliegender Drucksache mit der Kennziffer 1 bezeichnete Grundstück einer anderen Nutzung mit gleichzeitiger Reservierung der hier für eine mögliche Fortführung der Balkantrasse benötigten Fläche zugeführt werden könnte.

**4.2.2. Sachstand zur Vermarktung des Geländes am Bahnhof Remscheid-Lennep
Anfrage der W.i.R vom 03.02.2016 zur BV 3 am 17.02.2016 und zum Rat am
25.02.2016
Vorlage: 15/2155**

(Beratung hierzu siehe Punkt 4.2.)

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

5.1. Zukunftswerkstatt Lennep

Herr Denstorff kündigt an, dass die Verwaltung in Kürze zur Teilnahme an der „Zukunftswerkstatt Lennep“ einladen wolle. Zu diesem Zweck verteilt Herr Denstorff an die Anwesenden den Entwurf einer Liste mit einer Zusammenstellung der aus Sicht der Verwaltung zu beteiligenden Akteure, verbunden mit der Bitte, der Verwaltung etwaige Änderungs- oder Ergänzungswünsche möglichst kurzfristig zu übermitteln.

In seinen weiteren Ausführungen stellt Herr Denstorff in einer Präsentation das Projekt „Zukunftswerkstatt Lennep“ mit seinem mehrstufigen Verfahren im Einzelnen vor und erläutert Aufgabenstellung, Inhalte und Zielsetzung.

Die Darstellungen der Präsentation „Zukunftswerkstatt Lennep“ werden der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

8.1. Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid

Herr Haumann fasst Hintergrund und Intention des vorliegenden Antrags noch einmal zusammen und setzt sich hierbei auch mit der hierzu abgegebenen Stellungnahme der Verwaltung kritisch auseinander.

Herr Kötter stellt daraufhin den Antrag zur Abstimmung.

(siehe hierzu auch die Punkte 8.1.1. und 8.1.2.)

8.1.1. Ablehnung der Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 15/1666

(Beratung hierzu siehe Punkt 8.1.)

Abstimmungsergebnis:

Ja 3 Nein 7 Enthaltungen 1

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 – Lennep empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverwaltung überlässt Zirkusbetrieben, die bei CITES gelistete Wildtiere mitführen, ab sofort keine städtischen Flächen mehr.

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses ist der Antrag von Herrn Haumann abgelehnt.

8.1.2. Flächenvergabe an Zirkusbetriebe mit Wildtieren in Remscheid Antrag von Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Remscheid vom 03.09.2015 Vorlage: 15/1870

(Beratung hierzu siehe Punkt 8.1.)

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

9. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**9.1. Schmutz und Staub in der Turnhalle der GGS Freiherr-vom-Stein
- Mitteilung Frau Kemper-Heibutzki**

Frau Kemper-Heibutzki weist darauf hin, dass die von ihr in der Vergangenheit schon einmal bemängelten hygienischen Verhältnisse in der Turnhalle der GGS Freiherr-vom Stein nach ihrer Beobachtung nach wie vor bestehen. So seien auch weiterhin die Bereiche hinter den Prallschutzmatten wie auch die Lüftungsschlitze der Heizung in erheblichem Maße durch Schmutz und Staub verdreckt. Frau Kemper-Heibutzki richtet deshalb an dieser Stelle noch einmal die eindringliche Bitte an die Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Missstand umgehend beseitigt und die Turnhalle ab sofort ordnungsgemäß gereinigt wird.

**9.2. Erneute Schimmelbildung in den Räumlichkeiten der GGS Freiherr-vom-Stein
- Mitteilung Frau Kemper-Heibutzki**

Frau Kemper-Heibutzki macht darauf aufmerksam, dass sich nach ihren Feststellungen an bekannter Stelle in den Räumlichkeiten der GGS Freiherr-vom-Stein bereits erneut Schimmel gebildet habe. Frau Kemper-Heibutzki bittet deshalb die Verwaltung eindringlich darum, diesem Hinweis nachzugehen und umgehend entsprechende Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

**9.3. Neuer Fluchtweg in der GGS Freiherr-vom-Stein
- Mitteilung Frau Kemper-Heibutzki**

Frau Kemper-Heibutzki berichtet, dass die Verwaltung im Schulgebäude Hardtstraße 2 der GGS Freiherr-vom-Stein für drei Klassenräume zum Teil durch bauliche Maßnahmen einen neuen Fluchtweg eingerichtet habe. Danach sollen die Schülerinnen und Schüler dieser drei Klassen das Schulgebäude im Brandfall über das im südlichen Trakt gelegene Treppenhaus, über das man auch das Tuchmuseum erreichen kann, verlassen. Dieser Fluchtweg sei aber nach ihrer Einschätzung für Grundschulkinder nur äußerst eingeschränkt geeignet, weil er zum einen über eine enge und steile Treppe nach unten führe. Erschwerend käme aber dann noch hinzu, dass sich die hier eingebaute Hauseingangstüre nur nach innen öffnen lasse. Frau Kemper-Heibutzki bittet deshalb die Verwaltung dringend darum, diese Fluchtweg-Lösung noch einmal kritisch zu hinterfragen und nach einer Optimierung bzw. nach Alternativen zu suchen.

**9.4. Hausaufgabenraum im Keller der Wohnanlage für Flüchtlinge im Talsperrenweg
- Anfrage Frau Rohrweck**

Frau Rohrweck richtet erneut die Bitte an die Verwaltung, in der kommenden Sitzung anhand von Fotoaufnahmen aufzuzeigen und darzulegen, wie der Hausaufgabenraum im Keller der Wohnanlage für Flüchtlinge am Talsperrenweg heute eingerichtet und ausgestattet ist.

Herr Dr. Rohrweck merkt an dieser Stelle kritisch an, dass seines Wissens bereits seit geraumer Zeit Spendengelder im vierstelligen Bereich bereitstünden, die für diese Wohnanlage Verwendung finden sollten, die bisher ab noch nicht abgerufen worden seien. Dies habe inzwischen auch bei den Spendern deutlichen Unmut erzeugt.

Herr Haumann greift den Hinweis von Herrn Dr. Rohrweck auf und sagt zu, in dieser Angelegenheit mit dem hier zuständigen Verein Kontakt aufzunehmen und den Sachverhalt zu klären.

Unabhängig hiervon geht Herr Kötter davon aus, dass die Verwaltung neben der erbetenen Vorstellung der heutigen Verhältnisse im Hausaufgabenraum auch in der angesprochenen Angelegenheit des unterbliebenen Abrufs von Spendengeldern recherchieren und berichten wird.

**9.5. Mauer an der Zufahrt zum Kundenparkplatz von REWE - Ihr Kaufpark an der Straße Am Stadion
- Anfrage Frau Rohrweck**

Frau Rohrweck weist darauf hin, dass das von ihr in einer früheren Sitzung beschriebene Problem im Bereich der Zufahrt zum Kundenparkplatz von REWE – Ihr Kaufpark an der Straße Am Stadion nach ihren Feststellungen bisher noch nicht behoben worden sei und bittet deshalb die Verwaltung darum, die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu recherchieren und den hier verantwortlichen Ansprechpartner zu benennen.

Herr Kötter sieht hier den Eigentümer in der Pflicht und schlägt daher der Verwaltung vor, mit diesem Kontakt aufzunehmen und ihn um Beseitigung des beschriebenen Missstandes zu ersuchen.

**9.6. Neue Haltverbotszonen in der Rospattstraße
- Anfrage Frau Rohrweck**

Frau Rohrweck bittet die Verwaltung um Auskunft, warum in der Rospattstraße seit dem 04.01.2016 Strecken mit Haltverbot neu eingerichtet worden sind.

**9.7. Verflüssigung des Kfz.-Verkehrs auf der Borner Straße
- Anfrage Herr Haumann**

Herr Haumann nimmt Bezug auf den auf seinen Antrag hin gefassten Beschluss der Bezirksvertretung vom 09.12.2015 und bittet die Verwaltung um Auskunft, ob und in welcher Form die Steuerung der Lichtsignalanlage auf der Borner Straße in Höhe der Einmündung des Höhenwegs zwecks Förderung des Verkehrsflusses auf der B 51 modifiziert worden ist.

**9.8. Parkpalette Bergstraße
- Anfrage Herr Valitutto**

Herr Valitutto spricht noch einmal das Thema „Parkpalette Bergstraße“ an und berichtet, dass nach seiner Kenntnis in der Parkpalette vor ihrem Verkauf ca. 40 Stellplätze per Bau- last vorzuhalten gewesen seien. Diese Verpflichtung sei seines Wissens mit dem Verkauf des Objektes auf den neuen Eigentümer übergegangen. Herr Valitutto bittet nun die Verwaltung darzulegen, wo diese Parkplätze heute ausgewiesen sind.

Des Weiteren bittet Herr Valitutto die Verwaltung um Beantwortung der Frage, ob und inwieweit der nach seiner Kenntnis im Jahr 1997 festgestellte bauliche Zustand der Parkpalette durch ein formelles Gutachten dokumentiert worden und zu welchen Erkenntnissen die begutachtende Stelle hierbei gekommen ist.

Ferner erinnert Herr Valitutto an die noch ausstehenden Antworten auf verschiedene Fragen wie beispielsweise auch dazu, von welcher Stelle und wie im Einzelnen die Endabnahme der Sanierungsmaßnahme durchgeführt werden wird.

Herr Dr. Rohrweck ergänzt diese Ausführungen und weist noch einmal darauf hin, dass man – so seine Einschätzung – nach dem für den Außenstehenden erkennbaren Verlauf der Arbeiten kaum davon ausgehen könne, dass der neue Eigentümer der Parkpalette den von der Verwaltung seinerzeit beschriebenen und bewerteten Sanierungsstau an diesem Bauwerk bereits vollständig behoben habe. Deshalb sei es auch für ihn von Interesse zu erfahren, welche Arbeiten bereits ausgeführt worden sind und ob und wann man den Arbeitsprozess hier fortsetzen wird und mit welchem „Rechnungsergebnis“ diese Sanierungsmaßnahme letztendlich abschließt.

An dieser Stelle richtet Herr Dr. Rohrweck die eindringliche Bitte an die Verwaltung, alle offenen Fragen in dieser Angelegenheit nunmehr kurzfristig zu beantworten.

**9.9. Fertigstellung der Kanalbaumaßnahme Neunteich
- Anfrage Frau Czulwik**

Frau Czulwik bittet die Verwaltung um Auskunft, wann die Kanalbaumaßnahme Neunteich voraussichtlich abgeschlossen sein wird.

**9.10. Besichtigung der Panzertalsperre
- Anfrage Frau Czulwik**

Frau Czulwik regt eine Ortsbesichtigung der Bezirksvertretung an der Panzertalsperre an, die – so ihre Überlegung – dazu dienen könnte, nach der Wieder-Inbetriebnahme der Talsperre einmal direkt vor Ort einen persönlichen Eindruck von dem Ergebnis der hier durchgeführten Sanierungsmaßnahmen zu gewinnen.

Dieser Vorschlag findet allgemein Zustimmung.

**9.11. Straßenausbaumaßnahmen Verkehrsknotenpunkte Trecknase und Ring-/Rader Straße sowie Ringstraße;
hier: Konzepte zur Baustellenkoordination und Verkehrsführung
- Anfrage Herr Kötter**

Herr Kötter bittet die Verwaltung um Vorstellung der für die anstehenden Straßenausbaumaßnahmen der Verkehrsknotenpunkte Trecknase und Ring-/Rader Straße und der Ringstraße ausgearbeiteten Konzepte zur Baustellenkoordination und Verkehrsführung während der Bauzeiten.

**9.12. Sondersitzung der Bezirksvertretung zur Beratung über den I. Nachtrags-
haushaltsplan 2016
- Mitteilung Herr Kötter**

Herr Kötter gibt bekannt, dass er die Bezirksvertretung für

**Mittwoch, den 06. April 2016, 17:30 Uhr
zu einer Sondersitzung**

einladen werde.

Der Sitzungsort werde mit der schriftlichen Einladung bekannt gegeben.

Zur Beratung stehen werde der I. Nachtragshaushaltsplan 2016.

**9.13. Eingabe an die Bezirksvertretung;
hier: Unterschutzstellung des Hardtparkes in Lennep
- Mitteilung Herr Kötter**

Herr Kötter informiert über den Eingang einer Eingabe an die Bezirksvertretung, in der die Petenten die Bezirksvertretung bitten sich dafür einzusetzen, dass der Rat der Stadt eine Satzung verabschieden möge, mit der der Hardtpark in Lennep in seiner Gesamtheit unter Schutz gestellt wird. Gleichzeitig möge der sogenannte „Große Hardtpark“ (zwischen Wupperstraße, Kölner Straße, Leverkusener Straße und Rotdornallee) – so die weitere Bitte – in die Denkmalschutzsatzung des historischen Stadtkerns mit aufgenommen werden.

Ergänzend hätten die Petenten darum gebeten, dass man bis zur abschließenden Entscheidung über die von ihnen angeregten Maßnahmen keinerlei Veränderungen im Hardtpark wie beispielsweise Baumentfernungen oder –rückschnitte oder auch Änderungen der Zugänge vornehmen möge.

Diese Eingabe werde – so der Hinweis von Herrn Kötter – der Bezirksvertretung in einer folgenden Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

**10. Entfernung von einem Ahorn auf dem städtischen Grundstück Hardtpark
Vorlage: 15/2176**

Herr Denstorff stellt in einer Präsentation die aktualisierte Planung zur Revitalisierung der Einzelhandelsimmobilie an der Kölner Straße (ehemals Hertie) vor. In seinen Ausführungen geht Herr Denstorff insbesondere auf die im Raum stehende Baumentfernung näher ein und erläutert im Detail die nunmehr zum Erhalt der in Rede stehenden Rotbuche ins Auge gefassten planerischen Maßnahmen. Zugleich weist Herr Denstorff an dieser Stelle darauf hin, dass man infolge der Überarbeitung des Bebauungs- und Nutzungskonzepts die ursprünglich angedachte Inanspruchnahme einer Teilfläche des dem Gebäude vorgelagerten Gehwegs der Kölner Straße nicht mehr weiterverfolge.

Herr Haumann richtet an dieser Stelle den eindringlichen Appell an alle an diesem Bauvorhaben Beteiligten, im Zuge der Realisierung des Vorhabens wirklich alles Erdenkliche zu unternehmen und dafür Sorge zu tragen, dass die angesprochene Rotbuche auch tatsächlich erhalten bleibt.

Herr Kirchner regt ergänzend an, in den weiteren Überlegungen und Planungen zum Vorhaben doch noch einmal der Frage nachzugehen und zu prüfen, ob man nicht durch eine nochmalige vergleichbare Modifizierung des Bebauungs- und Nutzungskonzepts auch den besagten Ahornbaum noch erhalten könnte.

Herr Dr. Rohrweck meldet seine Zweifel an, dass die vorgestellten Vorkehrungen zum Schutz der Rotbuche auch tatsächlich den gewünschten Erfolg erbringen werden. Herr Dr. Rohrweck stützt seine Zweifel auf die Erfahrungen, die man in der Vergangenheit aus vergleichbaren Projekten habe gewinnen müssen. Auch bei diesen Projekten habe man anfangs glaubhaft versichert, alle Regeln einhalten und alle Möglichkeiten ausschöpfen zu wol-

len, um Baumbestand zu erhalten. Letztendlich seien die Bäume dann aber doch entfernt worden. Auch im vorliegenden Fall wage er die Prognose, dass besagte Rotbuche in 5 Jahren nicht mehr stehen werde. Vorstehende Ausführungen werden auf Bitten von Herrn Dr. Rohrweck sinngemäß zu Protokoll genommen.

Nach Aussprache stellt Herr Kötter den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/2176 beigefügten Anlagen – dies sind zeichnerische Darstellungen zur Planung der Entwicklung des ehemaligen Hertie-Gebäudes zu einem Nahversorgungszentrum mit den Teildarstellungen Planung Alt (Lageplan EG), Planung Neu (Lageplan EG), Gegenüberstellung Planung Alt und Neu (Lageplan EG, Sozialräume im Bereich der Buche) sowie ein Luftbild mit Kennzeichnung des vorgesehenen Flächentauschs zum Erhalt der Rotbuche – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 4 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lennep beschließt gemäß Abschnitt 10.6.1 Buchstabe b) der Hauptsatzung und gemäß § 6 Abs. 4 der Baumschutzsatzung die Entfernung von einem Ahorn auf dem städtischen Grundstück Hardtpark im Rahmen der Entwicklung des ehemaligen Hertie-Gebäudes zu einem Nahversorgungszentrum. Der zu entfernende Ahorn ist in den beigefügten Anlagen bezeichnet.

Dem zum Erhalt der Rotbuche notwendigen Flächentausch von ca. 32qm zwischen dem Investor und der Stadt Remscheid wird zugestimmt (siehe Anlage 4).

11. Entfernung von 4 Bäumen am Waldfriedhof Lennep Vorlage: 15/2063

Herr Buchwald erläutert die Hintergründe für die vorgeschlagene Maßnahme zur Entfernung von 4 Bäumen am Waldfriedhof Lennep.

Nach Aussprache stellt Herr Kötter den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/2063 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung der zur Entfernung vorgeschlagenen 4 Bäume am Waldfriedhof Lennep wird als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Entfernung der im beiliegenden Lageplan markierten 4 Bäume am Waldfriedhof Lennep wird beschlossen.

- 12. Entfernung einer Buche und eines Ahornbaumes auf dem städtischen Grundstück Hardtpark
Vorlage: 15/1952**

(Drucksache zurückgezogen!)

- 13. Spielflächenplanung 2015
Vorlage: 15/1909**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

- 14. Planungen für den Gebäudekomplex des ehemaligen Möbelhauses nördlich des ehemaligen Bahnhofsgebäudes in Lennep sowie weitere Überlegungen zur Entwicklung des Bahnhofumfeldes
Vorlage: 15/2129**

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis

Zugleich richtet die Bezirksvertretung einvernehmlich die Bitte an die Verwaltung, sich bei zuständiger Stelle dafür einzusetzen, dass der Gebäudebestand auf dem in Rede stehenden Grundstück wie angekündigt auch tatsächlich im laufenden Jahr und hier möglichst bald entfernt wird.

- 15. Bebauungsplanes Nr. 312 1. Änderung – Gebiet: zwischen Schillerstraße, Knusthöhe, Thüringsberg und Schwelmer Straße - Satzungsbeschluss**
- 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger
(gem. § 13, i.V.m. § 3 (2) BauGB) Baugesetzbuch**
 - 2. Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
(gem. § 13 i.V.m. § 4 (2) BauGB) Baugesetzbuch**
 - 3. Satzungsbeschluss
(gem. § 10 (1) BauGB) Baugesetzbuch i.V.m. (§ 7 Gemeindeordnung NRW)**
- Vorlage: 15/2036**

Herr Kötter stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/2036 beigefügten Anlagen – dies sind die Urkunde zum Bebauungsplan Nr. 312 1. Änderung – Gebiet: zwischen Schillerstraße, Knusthöhe, Thüringsberg und Schwelmer Straße (Blätter 1 und 2), die Entscheidungsbegründung, die Textlichen Festsetzungen mit Pflanzliste, das Merkblatt des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (KBD), der Er-

gebnisbericht zur Offenlage, der Ergebnisbericht über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die Stellungnahmen der TÖB –werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 – Lennep empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (gem. § 13, i.V.m. § 3 (2) BauGB) Baugesetzbuch

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 312 1. Änderung – Gebiet: zwischen Schillerstraße, Knusthöhe, Thüringsberg und Schwelmer Straße - hat mit Begründung in der Zeit vom 02.11.2015 bis einschließlich 04.12.2015 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die Bürger hatten in dieser Zeit die Gelegenheit sich über die Ziele der Planung zu informieren und dazu Stellung zu nehmen. Dem beigefügten Ergebnisbericht (Anlage) wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 13 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB) Baugesetzbuch

Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger Öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 02.11.2015. Dem beigefügten Ergebnisbericht (Anlage) wird zugestimmt.

3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB) Baugesetzbuch i.V.m. (§ 7 Gemeindeordnung NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 312 1. Änderung – Gebiet zwischen Schillerstraße, Knusthöhe, Thüringsberg und Schwelmer Straße:– wird gem. § 10 (1) BauGB (Baugesetzbuch) i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW als Satzung beschlossen (Anlage). Dem Bebauungsplan Nr. 312 1. Änderung ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt (Anlage). Von der zusammenfassenden Erklärung wird gem. § 13 (3) BauGB abgesehen. Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplans Nr. 312 1. Änderung werden die im Bebauungsplan Nr. 312 getroffenen planungsrechtliche Festsetzungen für die durch den Bebauungsplan Nr. 312 1. Änderung überdeckende Bereiche, verdrängt.

gez.

Markus Kötter
Bezirksbürgermeister

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer